



Modernisierungsvereinbarung

zwischen der Stadt Füssen, Lechhalde 3, 87629 Füssen, vertreten durch den Ersten Bürgermeister, Herrn Maximilian Eichstetter, nachfolgend **Stadt** genannt

und

Bauherr/ Bauträger mit Straße/ HsNr. PLZ und Ort eintragen

nachfolgend **Bauherr** genannt

Das Anwesen Straße /HsNr., Fl.Nr. _____, Gemarkung _____, liegt im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet Altstadt, Westliche Innenstadt oder Lechvorstadt angeben.

Die Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Altstadt“ ist am 22.02.1999 in Kraft getreten.

Die Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Westliche Innenstadt“ ist am 02.12.2003 in Kraft getreten.

1. Das oben genannte Anwesen weist nach der inneren und äußeren Beschaffenheit Mängel oder Missstände auf, deren Behebung mit den vom Bauherrn beabsichtigten Sanierungs-, Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen möglich ist (§ 177 Abs. 1 und 3 BauGB). Der Bauherr belegt diese Mängel zur Dokumentation mit einem Bericht und Bildern des Bestands. Der Bauherr verpflichtet sich, zur Behebung der Mängel an seinem Anwesen die mit der Stadt nachfolgend abgestimmten Sanierungs-, Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen durchzuführen:

(bei Bauträgern: Baubeschreibung/ Private: Gewerke wie z.B. Dachausbesserung)

Schlosserarbeiten, HLS = Heizung/ Lüftung/ Sanitär, Elektroarbeiten, Bodenlegearbeiten, Dachdeckerarbeiten, Spenglerarbeiten usw.

Text vom Vorhaben reinschreiben+ gemäß Baugenehmigung des Landratsamtes Ostallgäu vom Genehmigungsdatum (AZ)

2. Die Arbeiten zur Durchführung der unter Nr. 1 beschriebenen Maßnahmen sind bis spätestens Datum abzuschließen. Der Antrag auf Ausstellung einer Steuerbescheinigung ist spätestens 12 Monaten nach Beendigung der Arbeiten nach Satz 1 bei der Stadt einzureichen; für später eingehende Anträge kann keine Bescheinigung erfolgen.
3. Der Bauherr verpflichtet sich, etwaige Abweichungen vom ursprünglich vorgesehenen Maßnahmenkonzept vor Ausführung mit der Stadt abzustimmen.
4. Die Auflistung der durchzuführenden Maßnahmen stellt keine Zusicherung der bescheinigungsfähigen Aufwendungen im Sinne des § 7h Einkommensteuergesetzes (EStG) dar. Die Anerkennung der bescheinigungsfähigen Kosten durch die Stadt erfolgt erst nach Vorlage der Originalrechnungen mit dem Antrag auf Ausstellung einer Steuerbescheinigung auf der Grundlage der Bescheinigungsrichtlinien für die Anwendung der §§ 7h, 10f und 11a EStG.
5. Der Baubeginn und der Abschluss der Gesamtmaßnahme sind der Stadt unverzüglich anzuzeigen. Zum Antrag auf Ausstellung einer Steuerbescheinigung sind die angefallenen Kosten mit

den Originalrechnungen nachzuweisen sowie Bilder nach der erfolgten Sanierung zu übersenden. Maßnahmen, die bei Abschluss dieser Vereinbarung bereits durchgeführt bzw. beauftragt wurden, können nicht mehr bescheinigt werden.

6. Grundlage aller durchzuführenden Maßnahmen sind die sanierungsrechtliche Genehmigung gemäß § 144 BauGB, die bauordnungsrechtliche Genehmigung , sowie alle evtl. weiter erforderlichen öffentlich-rechtlichen Gestattungen und Genehmigungen. Sofern es sich bei dem Anwesen um ein Einzelbaudenkmal oder ein Gebäude im Denkmalensemble handelt, sind die denkmalschutzrechtlichen Vorschriften zu beachten. Wird bei der Durchführung der Baumaßnahmen von den erforderlichen Genehmigungen abgewichen, so stellt dies einen Verstoß gegen diese Vereinbarung dar. Die Ausstellung einer Steuerbescheinigung ist für die abweichend ausgeführten Maßnahmen nicht mehr möglich.
7. Die Stadt behält sich vor, die Erteilung der Steuerbescheinigung gemäß §§ 7h, 10f und 11a EStG nach Beendigung der Gesamtmaßnahme von der Einhaltung der vorgenannten Bedingungen abhängig zu machen. Der Bauherr hat auf Verlangen der Stadt eine Bauabnahme einzelner Bauabschnitte bzw. der Gesamtmaßnahme zu ermöglichen.
8. Der Bauherr verzichtet gegenüber der Stadt unwiderruflich auf einen etwaigen Anspruch nach § 177 Abs. 4 BauGB.
9. Die Ausstellung der Steuerbescheinigung ist gebührenpflichtig.

Hinweise:

Für das gesamte Bescheinigungsverfahren gelten die Bescheinigungsrichtlinien für die Anwendung der §§ 7h, 10f und 11a des Einkommensteuergesetzes (EStG) in der gemeinsamen Bekanntmachung der Bayerischen Staatsministerien des Innern und der Finanzen vom 22. Februar 2017.

Die Bescheinigung ist nicht alleinige Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Steuervergünstigung. Die Finanzbehörde prüft weitere steuerrechtliche Voraussetzungen, insbesondere die Abziehbarkeit der Aufwendungen als Betriebsausgaben, Werbungskosten oder Sonderausgaben und die Zugehörigkeit der Aufwendungen zu den Anschaffungskosten im Sinn des § 7h Abs. 1 Satz 3 EStG oder den Herstellungskosten, zu den Werbungskosten, insbesondere zum Erhaltungsaufwand, oder zu den nicht abziehbaren Kosten.

Aufwendungen, die im Rahmen der Vergünstigungen nach § 7 h EStG nicht berücksichtigt werden, können teilweise anderweitig steuerlich geltend gemacht werden. Lassen Sie sich hierzu von Ihrem steuerlichen Vertreter oder dem Finanzamt entsprechend beraten.

Die Hinweise sind als allgemeine Hinweise zu verstehen. Eine Gewähr für die Vollständigkeit und Richtigkeit im steuerrechtlichen Sinne kann nicht übernommen werden.

Füssen, den Datum
Stadt Füssen

Ort, den Datum
Der Bauherr

Erster Bürgermeister
Maximilian Eichstetter

Diese Vereinbarung wird zweifach ausgefertigt. Eine Ausfertigung verbleibt bei der Stadt, die zweite Ausfertigung erhält der Bauherr.